



August, 2012

Information zur laufenden Debatte der Knabenbeschneidung

Liebe Mitglieder und Freunde

Es ist mir ein Anliegen, Sie mit dieser kurzen Zusammenfassung über die Diskussion zur Knabenbeschneidung zu informieren und Ihnen unser Vorgehen zu erklären.

Vorgeschichte

Am 7. Mai 2012 wertet das Landgericht Köln die Beschneidung eines 4-jährigen muslimischen Knaben in 2. Instanz als strafbare Körperverletzung.

Erst 6 Wochen nach diesem Urteil werden die deutschen Medien auf das Thema aufmerksam und berichten ausführlich darüber.

Ab Ende Juni 2012 wird auch in den Schweizer Medien über das Kölner Urteil berichtet und umgehend auf breiter Ebene darüber diskutiert. In Leserzuschriften, Blogs, Onlinekommentaren usw. spricht sich eine deutliche Mehrheit gegen die Knabenbeschneidung aus.

Am 19. Juli beschliesst das Kinderspital Zürich ein sofortiges Moratorium für nicht medizinisch indizierte Beschneidungen. In der Begründung wird Bezug auf das Kölner Urteil genommen.

Das Moratorium wird nicht nur von jüdischer und muslimischer Seite kritisiert. Vertreter von Kirchen und verschiedener Organisationen sind mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Da im Sommer 2011 vom Parlament in der Diskussion über die Gesetzgebung gegen die weibliche Genitalverstümmelung die Knabenbeschneidung ausdrücklich nicht verboten wurde, sind auch die Verlautbarungen der Politiker verhalten. Einige Spitäler kündigen jedoch an, ihre bisherige Praxis thematisieren, resp. überdenken zu wollen, andere haben bereits beschlossen, an ihrer bisherigen Praxis festzuhalten.

Am 22. Juli kündigt Daniel Goldberg, Präsident der Kinderlobby Schweiz, an, der Verein wolle in der Herbstsession im Bundesparlament einen Vorstoss einreichen, um religiös begründete Knabenbeschneidungen landesweit zu verbieten. Die Rechte der Kinder seien höher zu gewichten als die verfassungsmässig garantierte Religionsfreiheit.

Am 10. August teilt dann das Kinderspital mit, dass unter ergänzten Bedingungen ab sofort wieder nicht medizinische Knabenbeschneidungen durchgeführt werden.

Massnahmen der PLJS

Die jüdischen Dachverbände haben bereits Ende Juni mögliche Szenarien besprochen, sollte die Debatte auch in die Schweiz übergreifen. Deshalb konnte sich die PLJS gemeinsam mit dem SIG bereits am 20. Juli, d.h. am Tag nach Inkrafttreten des Beschneidungs-Moratorium am Kinderspital Zürich, in einer Stellungnahme äussern (www.liberaljews.ch). Wir wiesen unter anderem darauf hin, dass das Schweizer Parlament im Rahmen der Debatte um die Genitalverstümmelung im Sommer 2011 die Beschneidung von Knaben nicht unter Strafe stellen wollte und dabei auch in Übereinstimmung mit dem Bundesrat festhielt, dass die physischen und psychischen Auswirkungen der Knabenbeschneidung keinesfalls mit denjenigen der weiblichen Genitalverstümmelung zu vergleichen seien.



In dieser Zeit erhielten wir zahlreiche Mails und Anrufe von Privaten, welche nach weiteren Informationen zum Thema fragten, und von verschiedenen Schweizer Medien, die um eine Stellungnahme zum Moratorium baten. Der SIG und die PLJS bemühten sich dabei um vorbesprochene Aussagen, um auch gegen aussen unsere gemeinsame Haltung zu verdeutlichen.

Sowohl SIG-Präsident Dr. Herbert Winter als auch Nicole Poëll und diverse Vorstands- und Geschäftsleitungsmitglieder bemühten sich um persönliche Gespräche mit nationalen und kantonalen Entscheidungsträgern.

Am 25. Juli hat die PLJS – vertreten von Präsidentin Nicole Poëll und Generalsekretärin Susi Saitowitz – an einer vom SIG initiierten Telefonkonferenz mit Fachleuten aus Religion, Medizin und Recht teilgenommen. Ziel dieses Austausches war es, das weitere Vorgehen der Jüdischen Dachverbände in der Beschneidungs-Debatte breit abgestützt und mit dem nötigen Hintergrundwissen festzulegen.

Nachdem das Moratorium vom Kinderspital Zürich aufgehoben wurde, rechnen wir damit, dass in der Debatte um die Knabenbeschneidung etwas Ruhe einkehren wird und hoffen, dass das Thema nun auf sachlicher Ebene diskutiert werden kann.

Gleichzeitig bereiten wir uns aber auch auf eine mögliche Wiederaufnahme der Debatte vor.

Aus diesem Grund werden wir die regelmässig stattfindenden Gespräche mit den Spitzen der politischen Parteien nutzen, um das Thema anzusprechen.

Zurzeit erstellen PLJS und SIG ein Argumentarium, welches auch allen Mitgliedergemeinden der beiden Dachverbände zur Verfügung gestellt werden wird. Darüber hinaus können wir weiterhin auf die aktive Unterstützung seitens verschiedener Fachpersonen zählen.

Gerne sind wir bereit, allfällige Fragen zu beantworten.

Freundliche Grüsse

Nicole Poëll

Nicole Poëll
Präsidentin PLJS